



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. MULARTSHÜTTE*

DIE GRÜNEN *informieren*

Nr. 9 Juli 86

Wir informieren über: _____

Abwahl des Gemeindedirektors Tschernobyl - Rauchen im Rat - Verkehrsplan - Asylanten - SPD - Antrag - Gewerbegebiet

Stellungnahme der GRÜNEN zur Abwahl des Gemeindedirektors

Schon im Oktober des vergangenen Jahres kündigte die SPD-Fraktion den Antrag zur Abwahl des Gemeindedirektors an. Ausschlaggebend war wohl die Amtsführung im Zusammenhang mit dem Roetgener Gewerbeumsiedlungsgebiet. Obwohl auch damals schon ähnlich kritische Stimmen bei den GRÜNEN laut wurden, entschloß sich die Fraktion, den Antrag vorerst nicht zu unterstützen. Die Vorwürfe gegen den Gemeindedirektor waren teilweise unkonkret, und über die Qualität der Roetgener Verwaltung konnten wir als "einjährige" im Rat noch keine gesicherten Aussagen machen.

Damals nahmen wir uns jedoch vor, die Vorgänge um das Gewerbegebiet genauer zu untersuchen. Wir stellten beim Gemeindedirektor zahlreiche schriftliche Anfragen, auf die wir bis heute teilweise nur unbefriedigende Antworten erhielten. Man versuchte außerdem, uns zu täuschen, indem Sachverhalte irreführend dargestellt wurden. Erst unsere Nachfragen bei höheren Verwaltungsstellen haben die Täuschungsversuche aufdecken können.

Als Ergebnis unserer Untersuchungen zum Gewerbegebiet bleibt festzuhalten: Es sind erhebliche Fehler und Schlampereien bei der Planung von Straßen und dem Verkauf von Grundstücken vorgekommen, für die aus unserer Sicht der Gemeindedirektor die Hauptverantwortung trägt. Dazu einige Beispiele:

- Es wurde ein Grundstück verkauft, auf dem der Eigentümer den geplanten Betrieb gar nicht bauen durfte.
- Es wurde eine Stichstraße gebaut, die im Bebauungsplan nicht vorgesehen ist. Mit der erforderlichen Bebauungsplanänderung wurde viel zu spät begonnen. Sie ist bis heute noch nicht rechtskräftig.
- An der gebauten Stichstraße wurde der Wendehammer "vergessen", weil die Verwaltung sich nicht mit den zuständigen Behörden abgesprochen hatte.
- Es wurde ein Grundstück als Bauland verkauft, das überwiegend unbebaubar ist.

Für uns ist es zwar unerklärlich, daß der früher zuständige Gemeinderat, in dem wir GRÜNEN noch nicht vertreten waren, diese Fehler nicht bemerkte (oder nicht bemerken wollte?) und durch Beschluß absegnete. Die Hauptverantwortung liegt jedoch wegen der falschen rechtlichen Vorgaben und Beschlußempfehlungen beim Gemeindedirektor. Sämtliche Fehlentscheidungen gehen auf Kosten der Bürger, denn als Steuerzahler müssen wir diese Entscheidung finanziell tragen.

Fazit: Heute stehen wir als Fraktion der GRÜNEN hinter dem Antrag auf Abwahl des Gemeindedirektors mit der Gewißheit, daß diese Entscheidung für die Gemeinde Roetgen nur positiv sein kann.

Für die Fraktion: Klaus-Peter Kegel



Verkehrsplan Roetgen - ein dickes Ei der CDU

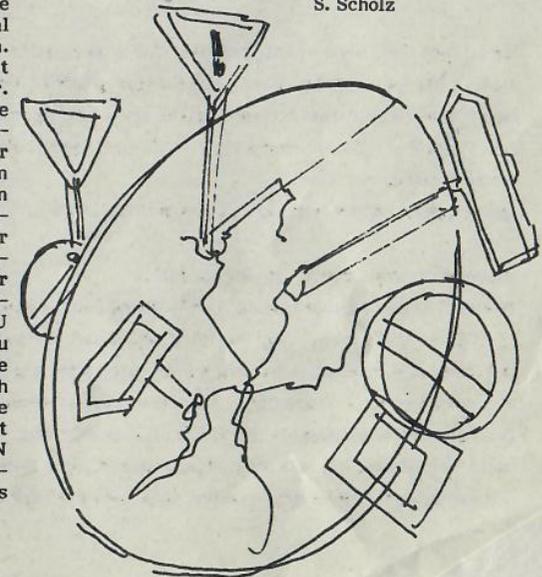
Was sich die Roetgener CDU-Fraktion als ihren höchstgelegenen Erfolg in der Ratsitzung vom 27. 5. hatte anrechnen wollen, fiel durch. Der Verkehrsplan Roetgen, im wesentlichen ein Werk fleißiger CDU-Ratsherren, wurde zur erneuten Beratung an die Ausschüsse zurückverwiesen. Der Ärger von Herrn Garke, Exponent dieses Planes, ist verständlich, steht man doch wieder da, wo man vor einem halben Jahr den Plan aus dem Hut zauberte. Ob dieser Ärger aber auch die Erkenntnis reifen läßt, was man da falsch gemacht hatte?

Mir als einfachem, aber interessierten Bürger ist völlig klar: Hier fiel nicht der Verkehrsplan selber, sondern der Parteiergeiz auf die Nase. Es sollte in erster Linie ein CDU-Erfolg werden, dessen man sich dann vor den Bürgern zu rühmen gedachte. Doch genau dieses Denken stößt angesichts der vielen wichtigen Aufgaben, die der Gemeinderat vor sich hat, bei uns Bürgern zunehmend auf Unverständnis. Man kann es an diesem Beispiel auf den Punkt bringen: Ist etwa ein christlicher Verkehrsplan denkbar oder als Gegenpol ein sozialdemokratischer von der SPD? Wohl kaum. Ratsherren und -damen mit Sachverstand, praktischer Erfahrung und dem Willen, für die Gemeinde etwas Gutes zu erreichen, gibt es allemal in Roetgen, und zwar bei allen Fraktionen. Profilierungssucht der Parteien macht aber dieses Potential oft unbrauchbar. In den Rats- und Ausschuß-Sitzungen konnte man es deutlich spüren: die bruske Ablehnung, die das Vorgehen der CDU bei der SPD fand, lag doch in erster Linie an dem Übermut der Mehrheitsfraktion, mit dem sie alles alleine bestimmen zu können glaubte - leider kein Einzelfall im Roetgener Rat. Denn eine faire Diskussion des vorgelegten Planes fand ja nicht statt, über die Einteilung der Straßen in die vier Kategorien sollte nach dem Willen der CDU sofort ein Beschluß gefaßt werden. (Genau genommen war es ja noch schlimmer. Die CDU betrachtete diesen Straßenplan einfach als beschlossen. Die protokollführende Verwaltung mußte ihr diesen Zahn erst mal ziehen!) Einwände von den GRÜNEN über eine genauere Festlegung der Bürgerbeteiligung wurden vom Tisch gefegt. Was

Wunder, wenn die Oppositionsparteien "mauerten"? Und auch in der CDU wuchs wohl langsam das Unbehagen, sonst wäre das Abstimmungsdebakel im Rat nicht eingetreten.

Wieviel reibungsloser und schneller hätte man ein Ergebnis erzielen können, wenn man sich im Frühjahr 85 zu einer Arbeitsgruppe aus allen Fraktionen zusammengefunden hätte, um gemeinsam die Aufgabe anzupacken, mit der die Verwaltung allein überfordert war? Im Konsens erarbeitete Vorlagen hätten schnell die Ausschüsse und den Rat passieren können. Aber dieser Weg, zu Ergebnissen zu kommen, hat im Roetgener Rat Seltenheitswert. Als die Grünen voriges Jahr einen solchen Vorschlag zum Thema Müllkonzept für unsere Gemeinde machten, ernteten sie nur Spott und Ablehnung. Dabei zeigte doch die Zusammenarbeit der Fraktionen beim Aufstellen und Anpassen des Stufenplans zum Kanalbau, wie gut dieser Weg gangbar ist. Aber, liebe Mitbürger, es ist noch kein Grund zu verzweifeln. Auch Ratsherren und -damen sind lernfähig. Man muß es ihnen nur ab und zu sagen.

S. Scholz



"Tschernobyl", ein Thema, das uns fast alle beunruhigt. Sorgen, Ängste, Verunsicherung und viele offene Fragen sind Auswirkungen einer Katastrophe, die kaum jemand für möglich gehalten hätte. Die Realität einer risikoreichen und allzu sorglosen Energiepolitik hat viele nachdenklich gestimmt. Unser neues Ratsmitglied Brigitte Commichau schrieb in dem nachfolgenden Artikel hierzu ihre Gedanken nieder. Brigitte Commichau rückt im Juli für die aus der Gemeinde Roetgen fortziehende Susanne Osterloh in den Gemeinderat nach.

Tschernobyl - und die Moral von der Geschichte'

Nach Tschernobyl - nach den makabren Atombombentests der Franzosen und Amerikaner, nach den jüngsten Störfällen in La Hague, in Sellafield, in Harrisburg, ja sogar um die Ecke in Hamm-Untrop - nach der kaum zu bezweifelnden Erkenntnis, daß die Leukämiefälle rund um ein schottisches Kernkraftwerk auf radioaktive Strahlung zurückzuführen sind - das sind nur die jüngsten einschlägigen Ereignisse - nach all diesem also kann man sich nur frei der Meinung des Herrn v. Dittfurth anschließen: Die Menschheit ist am Ende. Wie einst die Saurier sterben wir aus. So! Und nicht einmal still und unauffällig schaffen wir es, aus der Weltgeschichte zu verschwinden - dafür hätten wir ja doch ausreichend Dioxine in der Muttermilch, Glykol im Wein und AIDS im Blut - nein, der große Knall mit Pomp und Feuerwerk muß es sein.

Wenn man das alles recht bedenkt, fragt man sich: warum noch Radieschen im Garten ziehen, Socken stopfen oder gar Fenster putzen? Dazu fällt Ihnen auch nicht viel ein, oder? Während ich dies schreibe, zieht ein schneidiger Tiefflieger, der dieses mein strahlendes Vaterland atomar verteidigen will, mit gemächlichen 800 km/h einen Scheitel über meine Obstbäume.

Deswegen und überhaupt packt mich grellbunte Wut.

Atomkraft - nein danke! Strom - ja bitte!

Wir sind es eben selber schuld. Vor 5 Jahren boten einige Experten hier in Roetgen hochkarätige "Energieberatung" zum Nulltarif an. Raten Sie mal, wen das interessiert hat?! Schließlich können wir uns alles leisten, wir arbeiten hart und wollen unseren Luxus!

Konsumverzicht - Verzicht! - das sollen die da oben in den Chefetagen der Politik oder (wo ist der Unterschied?) der Industrie uns erst mal vormachen! Verzichten. Ich will auch nicht verzichten. Ich will statt dessen verweigern. Damit habe ich für mich eine Möglichkeit gefunden, mit meiner Wut, meiner Angst und mit meinen Schuldgefühlen zu leben. Probieren

Sie das mal: Verschrotten Sie Ihren Farbfernseher und berauschen Sie sich an der Vorstellung, daß Herr Schwarz-Schilling sich nun böß ärgert! Oder duschen Sie kalt und genießen Sie das Gejammer des RWE, weil es nicht mehr weiß, wohin mit seiner Stromüberkapazität. Halten Sie Ihre Zimmertemperatur konstant auf schweißtreibende 18°C und beobachten Sie mit Genugtuung den Zusammenbruch der Ökonomie! Fahrradfahren - das wertet Sie moralisch enorm auf! Und spart Benzin! Vielleicht schaffen Sie es auch, den Genuß von Erdbeeren im Januar, von Plastik-Pizza und Gummi-Eis aus der Tiefkühltruhe - ja sogar den Gebrauch dieser selbst zu verweigern? Wenn Sie jetzt herzlich lachen und meinen, die liebe Gitta habe wieder mal nett gescherzt: Sie irren Sich! Ich meine das Tod-ernst!

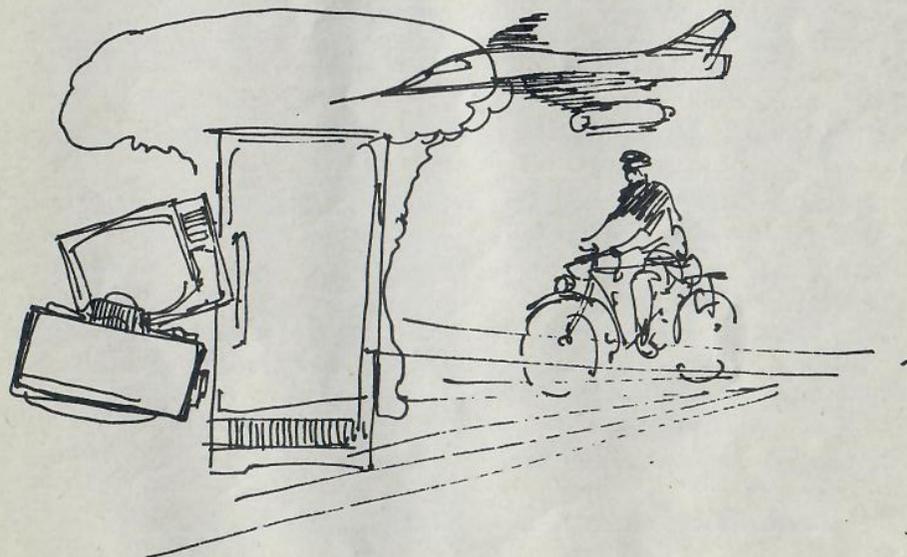
Klar, selbst wenn jeder Dritte solcher- oder ähnlicherart verweigerte, die Menschheit, wahrscheinlich die Welt en bloc wäre kaum dadurch zu retten. Aber vielleicht könnte man den Global-Exitus um ein kleines Zeitchen hinauszögern?

Atomkraft - nein danke - ganz ohne Randalen und Krawall.

Ich wünsche Ihnen angenehme und effektive Schuldgefühle!

Ihre Brigitte Commichau

P.S. Mit dem vielen Geld, das sie als Antikonsumant einsparen, können Sie z.B. solide Arbeitsplätze im Umweltschutz finanzieren!!!



Rauchen im Rat - Leserbrief in der Presse

STECKBRIEF

Wer kennt den Gesuchten?

<u>Name:</u>	Oswald Neuber
<u>Wohnort:</u>	angeblich Roetgen, beim Einwohnermeldeamt jedoch unbekannt
<u>letzter bekannter Aufenthaltsort:</u>	Ratssitzung am 22.4.1986; anschl. Kneipe gegenüber
<u>besonderes Merkmal:</u>	verbreitet Lügen in der Presse

In der Ratssitzung vom 22.4.1986 rauchten wieder einmal nicht nur die Köpfe vieler Ratsherren, sondern auch deren Pfeifen, Zigarren und Zigaretten. Was scherte sie der Antrag der GRÜNEN auf Rauchverbot während der Sitzungen. Raucherpausen, wie vielfach anderswo schon praktiziert, sind unseren paffenden Ratsmitgliedern wohl nicht zuzumuten.

Es gibt zwar ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster, welches den Nichtraucherschutz garantiert, bisher hat man sich, mit Ausnahme der GRÜNEN und der FDP, daran im Rat und in den Ausschüssen noch nicht gehalten, obwohl der Gemeinde das Urteil vorliegt.

Der Antrag der GRÜNEN auf Rauchverbot fand alsbald auch in der Presse, Rubrik "Leserbriefe" seinen Widerhall.

Ein Herr Oswald Neuber aus Roetgen bezichtigte darin die GRÜNEN, im Rat für ein Rauchverbot zu plädieren und anschließend in der gegenüberliegenden Gastwirtschaft zu "rauchen, was das Zeug hält". Diese Lüge wollten wir aus der Welt schaffen und versuchten mit diesem Herrn Kontakt aufzunehmen. Leider war uns das nicht möglich, da er seine vollständige Adresse bei der Presse nicht hinterlassen hat, wie das bei Leserbriefen sonst strikt gefordert wird. Auch dem Einwohnermeldeamt ist er nicht bekannt.

Wer verbirgt sich hinter dem Pseudonym "Oswald Neuber"?

Vertrauliche Mitteilungen an die GRÜNEN, Grünes Büro, Schleebachstraße.

Belohnung: ein Jahresabonnement für das Grüne Blättchen

Katharina Ständer

Asylanten und ihre Probleme

Wie sagte Herr Stöhr in der Rundfunksendung "Guten Morgen aus Roetgen" unlängst so treffend: "Das Wichtigste ist die persönliche Betreuung, und da nehmen uns die Pfarren auch sehr viel ab, das ist auch unser Hauptschwerpunkt in der Zukunft". Seit mehreren Jahren gibt es Asylbewerber in Roetgen - das sind in der Regel politisch oder religiös verfolgte Flüchtlinge aus meist fernen Ländern, die der Gemeinde "zugewiesen" werden. Deren Los ist keineswegs beneidenswert, wenn sie auch nach unserem Grundgesetz ein Anrecht auf Asyl in der BRD haben. Seit mehreren Jahren kümmern sich einzelne Mitbürger um deren Betreuung. So wurden Möbel und Hausrat vermittelt, es gab persönliche Gespräche und Beratungen; schließlich wird auch seit mehr als einem Jahr ein unentgeltlicher Deutschunterricht durchgeführt, der helfen soll, die größten Kontaktschwierigkeiten zu überbrücken. Anfangs waren es weniger als 10 Asylbewerber, dann stieg die Zahl in Roetgen auf 17 (Februar '86), und heute sind es 29.

Kein Wunder, daß der Kurs bei ständig hinzukommenden neuen Gesichtern, bei unterschiedlichen Nationalitäten (z.Zt. 3 Afghanen, 7 Iraker, 5 Iraner, 5 Libanesen, 1 Pakistani, 8 Sri Lanka's) und unterschiedlichem Kenntnisstand nicht mehr befriedigend sein kann. Die Jugendlichen in der "Teestube", die in dem offenen Jugendtreff seit einigen Monaten viel Kontakt mit den Asyl-

bewerbern haben, schreiben in einem Leserbrief in den "Eifeler Nachrichten": "Es besteht keine Möglichkeit, diesen (Deutschkurs) zu teilen, etwa in Anfänger und Fortgeschrittene, so daß es zwangsläufig zu einer Unter- bzw. Überforderung der Schüler kommt. Dies fördert natürlich auch nicht die Bereitschaft, regelmäßig am Kurs teilzunehmen".

Persönliche Betreuung und Eigeninitiative sind immer gut. Dies darf in Roetgen jedoch nicht dazu führen, daß die Gemeinde ihre Verpflichtung zur Asylantenbetreuung auf andere abwälzt.

Die GRÜNEN im Kreistag stellten den Antrag, bei der wachsenden Asylantenzahl Sozialarbeiter auf Kreisebene für die schwierige persönliche Betreuung anzustellen. Hierbei kam ans Licht, daß genau dafür jede Gemeinde pro Bewerber monatlich DM 30,- direkt vom Land erhält. Warum war das nicht allgemein bekannt, und warum konnte unsere Gemeindeverwaltung diese Mittel einfach im allgemeinen Haushalt untergehen lassen (Begründung gegenüber dem zuständigen Ratsausschuß: Die anderen Südkreisgemeinden machen's genauso) und schlichtweg behaupten, es ist kein Geld da, um z.B. die dringend benötigten Bücher für den Deutschunterricht zu zahlen? Unser ständiges Nachfragen nach der Verwendung des Geldes für die Asylanten hat nun doch etwas bewirkt: Die Gemeinde will einen Sozialarbeiter zur Betreuung der Asylanten



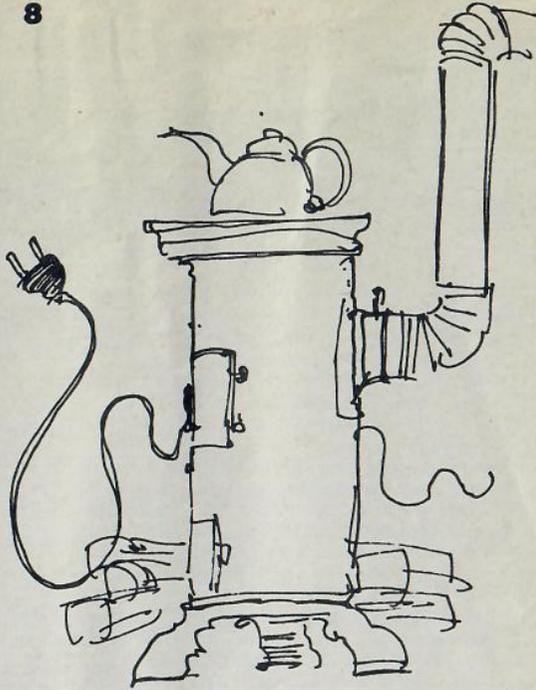
einstellen.

Jetzt bleibt nur zu hoffen, daß diese Anstellung nicht verwässert oder auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben wird.

Was könnte dieser Sozialarbeiter nicht alles tun! Er könnte beim "Papierkrieg" helfen, die Asylbewerber zur Teilnahme am Deutschkurs ermuntern, Kontakte zur einheimischen Bevölkerung herstellen, sie zur Beteiligung an freiwilligen gemeinnützigen Aufgaben motivieren (was ein Taschengeld von DM 1,50 pro Stunde einbringt), und die Asylanter in der Haushaltsführung beraten. Schließlich müssen z.B. alleinstehende Bewerber mit dem Sozialhilfesatz von z.Zt. DM 385,- mtl. auskommen, da sie einer regulären Arbeit so lange nicht nachgehen dürfen, bis ihr Asylantrag entschieden ist. Er könnte so einfache Dinge wie Umgang mit Kohleöfen, rationelles Heizen und sparsamen Umgang mit Strom vermitteln usw. usw.

Der freiwillige Einsatz von Engagierten würde sich keineswegs erübrigen, sondern eher zunehmen.

Rudolf Schwarzenberger



Tennishalle im Gewerbegebiet oder nutzlose Ratsarbeit

Soll im Roetgener Gewerbegebiet eine Tennishalle errichtet werden? Mit dieser Frage beschäftigten sich der Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Roetgen in den vergangenen Monaten in insgesamt sechs verschiedenen Sitzungen! Nun, es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die gewählten Volksvertreter mit einer bedeutenden Sache intensiv und oft beschäftigten, das Für und Wider gegeneinander abwägten und anschließend zu einer sachgerechten Entscheidung kämen.

Doch als regelmäßiger Zuhörer dieser Sitzungen vermißte ich gerade eine solche Diskussion. CDU und SPD waren sich mal wieder einig, denn schließlich wollte die Gemeinde ja das entsprechende Grundstück im Gewerbegebiet verkaufen und Gewerbesteuer einnehmen. Nur wenige Sätze hatten die beiden großen Fraktionen von CDU und SPD dann auch in der Bauausschußsit-

zung am 24. Sept. 1985 für dieses Thema übrig; die anschließende Abstimmung war nur noch Formsache.

Doch wie kam es dazu, daß sich die Volksvertreter in den kommenden Monaten noch 5 mal mit der Tennishalle beschäftigen mußten? Die Antwort ist sehr einfach: Der Bebauungsplan läßt gewerbliche Tennishallen im Gewerbegebiet nämlich nicht zu!

Auf die von den GRÜNEN deshalb in der Bauausschußsitzung vorgebrachten Bedenken gingen die beiden großen Parteien -wie so oft- nicht ein. Sie passen Ihnen nicht ins Konzept, und deshalb werden sie ignoriert. Die übergeordnete Behörde sah es aber anders und machte der Gemeinde einen Strich durch die Rechnung. Der zuständige Ausschuß mußte sich daher im April erneut mit diesem Thema befassen,

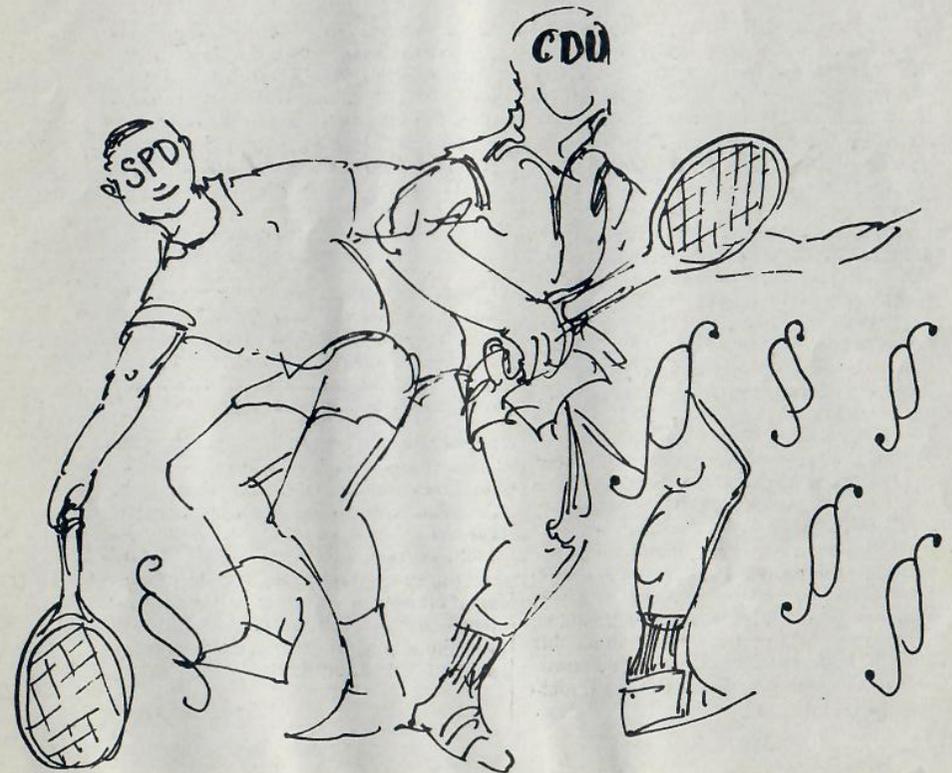
denn nun sollte der Bebauungsplan geändert werden. Der Gemeinde war dies so eilig, daß in einer "Sondersitzung" ein "Eilbeschluß" zur vereinfachten Bebauungsplanänderung gefaßt wurde, und zwar gegen die Stimmen der GRÜNEN.

Als in der anschließenden Hauptausschußsitzung Klaus Peter Kegel von den GRÜNEN erneut auf sachliche und formelle Bedenken hinwies, warf ihm ein SPD-Ratsvertreter Verzögerungstaktik vor. Hatte dieser Volksvertreter vergessen, daß man sich nur deshalb mit diesem Thema erneut beschäftigen mußte, weil CDU und SPD gemeinsam vor einem halben Jahr einer Tennishalle zustimmten, die der Bebauungsplan ausdrücklich nicht zuläßt? Die Bedenken der GRÜNEN wurden wieder -wie gewohnt- vom Tisch gefegt und der Eilbeschluß bestätigt. Daß die übergeordnete Behörde auch gegen diesen Beschluß anschließend erneut Bedenken vorbrachte und die Angelegenheit daher im Hauptausschuß und Rat nochmals

auf der Tagesordnung stand, war für die Gemeinde schon peinlich genug. Zu alledem mußte die Verwaltung in diesen Sitzungen von einem GRÜNEN Ratsvertreter darauf hingewiesen werden, daß sie in ihrer schriftlichen Stellungnahme zu der Bebauungsplanänderung aus einem seit 7 Jahren (!) ungültigen Bundesbaugesetz zitiert hat. Nachdenklich stimmte mich, daß SPD und CDU sich dennoch der Auffassung der Verwaltung anschlossen, und das gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkungsrecht der von der Bebauungsplanänderung betroffenen Grundstückseigentümer mißachteten. Gespannt bin ich nun auf das Verhalten der Kommunalaufsicht, die von den GRÜNEN eingeschaltet wurde.

Ich erinnere mich an eine Frage des CDU-Ratsmitgliedes Garke vor einigen Monaten, warum in Roetgen alles so lange dauert. Wer diesen Artikel gelesen hat, kann Herrn Garke jedenfalls diese Frage beantworten.

Std.



In der Zeitschrift PUBLIK-FORUM vom 6. Juni 86 lesen wir einen kurzen Artikel, der auch uns in Roetgen interessiert. Auch hier wurden die berechtigten Fragen von jungen Frauen und Eltern mit kleineren Kindern zur Strahlenbelastung nach Tschernobyl vor allem von der CDU als Hysterie und Panikmache hingestellt.

Die folgenden Ausführungen sollten alle die aufmerksam lesen, die "in Treue fest" zusammen mit der Bundesregierung schnellstens zur Entwarnung und zum möglichst schnellen Vergessen aufgerufen haben. Der Artikel soll aber auch Mut machen; er gilt all' denen, die nach dem Motto "Nicht Resignation, nur aktive Tat kann etwas ändern", nicht müde werden, für alle Betroffenen die notwendigen Fragen und Forderungen immer wieder neu zu stellen.

Ursula Schwarzenberger

Publik-Forum

Nr. 12, 6. Juni 1986

Tschernobyl und die Bundesregierung

Ein Panikorchester in Bonn

In ihrer Unsicherheit nach der Atomkraftkatastrophe von Tschernobyl griff die Bundesregierung zum äußersten Mittel der Politik: Sie machte die Boten für die Nachricht verantwortlich. Danach seien die Atomkraftgegner Panikmacher, die die irrationalen Ängste der Bevölkerung für die eigenen Zwecke ausnützten. Nun wurden die Aktionen der Atomkraftgegner sicher auch von der Angst der Bevölkerung getragen. Doch diese Angst war sehr real und berechtigt. Irrational war dagegen die abwehrende Reaktion der Bundesregierung, die die Angst der Bevölkerung vor Strahlen verharmloste und stattdessen die – völlig irrationale – Angst vor einem rot-grünen Chaos mobilisieren wollte.

Das gleiche Bild zeigte sich beim Thema „Chaos“. Da warf die Bundesregierung den Atomkraftgegnern vor, Chaos zu produzieren, um damit das System anzugreifen. Doch dieses Chaos wurde wirklich nicht von den Kernkraftgegnern, sondern von der Bundesregierung selbst produziert. Denn sie war es, die zunächst kein Problem sah, dann plötzlich doch Gegenmaßnahmen anordnete und ständig ihre alten Verlautbarungen durch neue ersetzte. Die Chaoten saßen im Kabinett, nicht in der Bevölkerung.

Wenig später warfen Politiker der Regierungsparteien vor allem den Grünen vor, kompromißlos für die sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke einzutreten, ohne die Folgen für unsere Wirtschaft zu bedenken. Tatsache ist jedoch, daß die Regierungsparteien in den bangeren Tagen seit Tschernobyl – von wenigen Persönlichkeiten abgesehen – kompromißlos für die Atomenergie eintraten, ohne die Folgen für die Bevölkerung zu benennen.

Gleichzeitig rangen sich die Grünen – bei allem Widerstand ihres fundamentalistischen Flügels – bei ihrer Ausstiegsforderung zu zeitlichen Kompromissen durch, die eine Zusammenarbeit mit der SPD nicht sofort unmöglich machen.

Die Reaktionen der Bundesregierung auf die wachsende Kritik zeigen vor allem ihre Unsicherheit. Dies wäre angesichts der vielen internationalen und nationalen Probleme nicht einmal verwunderlich. Mehr als erstaunlich ist jedoch, daß sich die Bundesregierung nicht zu dieser Unsicherheit bekennt, sondern die Schuld bei jenen sucht, für die sie als demokratisch gewählte Regierung eigentlich da sein sollte: bei den Betroffenen.

Wolfgang Kessler

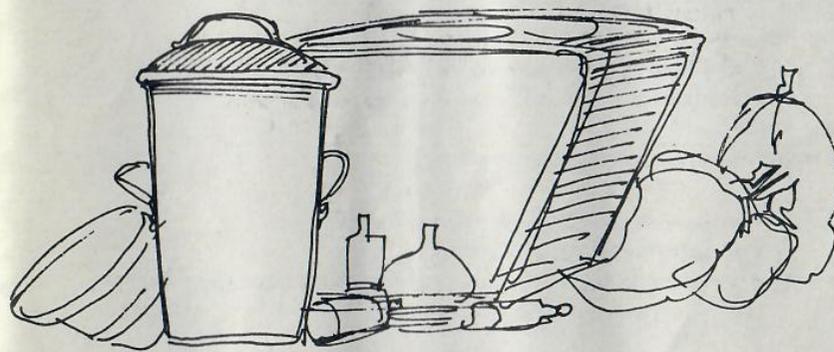
Das „Letzte“ von der SPD

Wie macht man ohne Aufwand effektiv Politik? So oder ähnlich war die Fragestellung der SPD-Fraktion, bevor sie ihren letzten Antrag zusammenschnitt. Schnell war ein Rezept gefunden:

Man nehme einen älteren Antrag (in diesem Fall das Müllkonzept der GRÜNEN), picke sich die Rosinen heraus (Einzelpunkte des Konzeptes fanden im Rat bereits eine Mehrheit; leider war die Verwaltung bislang nicht in der Lage, diese Punkte in die Praxis umzusetzen), formuliere eine halbwegs plausible Begründung und bringe das Ganze mit großem Tam-Tam in den zuständigen Ausschuß. Wenn der Schwindel bis dahin noch nicht aufgedeckt ist, weise man in der Presse noch darauf hin, daß man schon immer auf diesem Gebiet besonders engagiert gewesen ist.

Daß man die Grünen damals für den Antrag, den man heute selbst stellt, mit Spott überzogen hat, weiß ja eh keiner mehr. Sei's drum, man wird den "Kraftakt" schon honorieren.

Georg Roetgen



Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband "Die Grünen" Roetgen, Schleebachstr. 22
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Katharina und Rainer S t ä n d e r

Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autoren.

Robert Jungk, Wissenschaftsjournalist auf Österreich, schrieb vor einigen Wochen, der Unfall in Tschernobyl habe zwei Folgen gehabt: Zum einen die Strahlen mit ihrer Gefährdung für Mensch und Natur, zum anderen die Lüge.....

Ein hartes Wort! Aber auch viele von uns haben entsetzt festgestellt, wir werden nicht voll informiert. Aus wirtschaftlichen Interessen und auf Druck der Atomlobby erreichen uns offizielle Aussagen, denen nicht mehr zu trauen ist. Der Bürger sucht nach anderen Informationen, in vielen Bereichen braucht er Hintergrundwissen, um sich nicht ständig hinters Licht geführt zu sehen.

Durch unsere Verbindungen zu den verschiedensten Umwelt- und Dritte Welt-Gruppen und unseren direkten Draht zur Fraktion der GRÜNEN im Bundestag sind wir in der Lage, Ihnen zu verschiedensten Themen wichtiges Material anzubieten. Bitte bedienen Sie sich des folgenden Abschnitts; wir werden versuchen, Ihr Interesse zu befriedigen.

Ich interessiere mich für die angekreuzten Fragen und Probleme:

- Atomkraft/Energiewende/Folgen der Strahlenbelastung
- Frieden/Rüstung/Rüstungsexporte usw.
- Probleme im internationalen Zusammenhang z.B. Dritte Welt
- Wirtschaft, Arbeitslosigkeit....
- Naturschutz, Landwirtschaft....
- Soziales (z.B. Renten, Behinderte....)
- Sonstige Arbeit der Grünen im Bundestag
- Sonstiges:

Ich möchte zu den von mir mit gewählten Themenkreisen

- a) zu einer Gesprächsrunde eingeladen werden
- b) schriftliche Unterlagen erhalten
- c) eine(n) in der Grünen Arbeit stehende Bürger(in) zu einem Gespräch mit Freunden und Bekannten einladen
- d) Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen des grünen Ortsverbandes eingeladen werden

Name: *Lu*

Anschrift: ..

Tel:

Senden Sie diesen Coupon bitte an das

Grüne Büro
Schleebachstr. 22
5106 Roetgen